



Landes-Arbeitsgemeinschaft
der freien Wohlfahrtsverbände
Schleswig-Holstein e.V.

Leiharbeit kostet uns mehr als nur Geld: Soziale Arbeit stärken statt schwächen

Die Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein e.V. (LAG-FW) lehnt die zunehmende Verlagerung sozialer Daseinsvorsorge in die Hände privater Leiharbeitsfirmen entschieden ab.

Denn Leiharbeit in der Sozialen Arbeit ist teuer, ineffizient, destabilisiert bestehende Strukturen und untergräbt den solidarischen Charakter öffentlicher Fürsorgesysteme. Statt Engpässe zu lösen, verstärkt sie soziale Ungleichheit und verschärft den Personalmangel langfristig. Was kurzfristig als Lösung erscheint, führt zu einer Schwächung des gesamten Systems.

1. Leiharbeit ist teuer und ineffizient

Anbieter von Leiharbeit verfolgen in erster Linie wirtschaftliche Interessen. Sie profitieren von der Notlage der Einrichtungen – durch hohe Stundensätze, Vermittlungsgebühren und Sonderkonditionen.

Die Folgen für die öffentliche Hand und die Einrichtungen sind gravierend:

- Es entstehen hohe Zusatzkosten durch gewinnorientierte Preisgestaltung
- Doppelte Verwaltung und ineffiziente Personalplanung binden zusätzliche Ressourcen
- Gelder, die für Ausbildung, Personalbindung und Qualitätsentwicklung benötigt werden, fließen in private Gewinne
- Einrichtungen geraten in eine Abhängigkeit von teuren Zwischenlösungen ohne strukturell voranzukommen

Leiharbeit ist damit nicht nur sozial fragwürdig, sondern ist – mit Ausnahme der Leiharbeitsfirmen selbst – wirtschaftlich unsinnig. Sie bindet finanzielle Mittel, die für langfristige Lösungen gebraucht werden.

2. Leiharbeit hat einen Preis, der über finanzielle Schäden hinausgeht

Die massive Zunahme von Leiharbeit wirkt sich nachweislich negativ auf die gesamte Soziale Arbeit aus – so z. B. in Pflegeheimen, Kitas, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Beratungsstellen und ambulanten Diensten.

Pflegebedürftige, Klientinnen/Klienten und Fachkräfte zahlen den Preis:

- Häufig wechselnde Bezugspersonen verhindern verlässliche Betreuung und Beziehungsaufbau
- Leiharbeitskräfte sind oft schlechter ins Team eingebunden, was Abstimmungsprobleme, erhöhten Einarbeitungsaufwand und zusätzliche Belastungen für das Stammpersonal nach sich zieht
- Die Qualität der Versorgung leidet spürbar

Leiharbeit bietet keine verlässliche Lösung, sondern verschiebt die Probleme – auf Kosten der Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Das gesamte System der Sozialen Arbeit wird dadurch instabiler sowie ineffizienter und verstärkt mit einem Dominoeffekt den Ausstieg von vorhandenem Personal aus den Berufen.

3. Leiharbeit verschärft die Krise und zerstört Solidarität

Fachkräftemangel und daraus folgende Personalnot setzen stationäre wie ambulante Pflegeeinrichtungen unter massiven Druck. Private Leiharbeitsfirmen profitieren von dieser Notlage und verfolgen ein Geschäftsmodell, das auf kurzfristige Gewinne statt auf nachhaltige Versorgung ausgerichtet ist. Damit untergraben sie die deutsche Solidargemeinschaft, die gerade in Zeiten knapper Fachkräfte und steigender Bedarfe mehr denn je auf Zusammenhalt, Verlässlichkeit und gerechte Lastenverteilung angewiesen ist.

Ein zunehmender Anteil von Leiharbeit im Bereich der Sozialen Arbeit schafft zudem eine Zwei-Klassen-Gesellschaft unter den Mitarbeitenden und belastet die Einrichtungen finanziell und organisatorisch. Statt bestehende Systeme zu stützen,

wird ein Geschäftsmodell gefördert, das die Daseinsvorsorge systematisch schwächt und ihr bereits heute schweren Schaden zufügt.

Unsere Forderungen

Die Landes-Arbeitsgemeinschaft fordert Landes- und Bundespolitik auf, entschlossen zu handeln:

- Ein handlungs- und zielorientierter Aktionsplan zum schrittweisen Abbau der Leiharbeit in der Sozialen Arbeit
- Strikte Begrenzung auf eng definierte Ausnahmefälle und Interimszeiträume, mit dem Ziel, Leiharbeit perspektivisch zu beenden
- Organisation von Interims-Leiharbeit ausschließlich über die Bundesagentur für Arbeit oder Jobcenter, keine Beauftragung privater Anbieter (Leiharbeit mit dem Ziel maximaler Gewinnorientierung ist zu unterbinden)
- Deckelung der Vergütung auf ein vergleichbares Tarifniveau, um überzogene Preise zu verhindern
- Verpflichtende Beteiligung von Leiharbeitsfirmen an Ausbildungskosten und der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, um zur Fachkräftesicherung beizutragen
- Verbindliche Gleichstellung von Leiharbeitskräften und Stammbeschäftigten in Bezug auf Arbeitsbedingungen, um eine Zwei-Klassen-Struktur zu verhindern
- Konsequente Sanktionen bei Verstößen gegen gesetzliche Regelungen zur Leiharbeit

Zudem fordert die LAG-FW, dass die Landesregierung die **Bundesratsinitiative von 2023** zur Begrenzung der Leiharbeit neu aufgreift und gemeinsam mit dem Bund gesetzlich verbindliche Maßnahmen auf den Weg bringt. Die Umsetzung dieser bereits 2023 formulierten Ziele muss hohe politische Priorität erhalten.

Leiharbeit in der Sozialen Arbeit schadet allen. Sie entzieht den Systemen dringend benötigte Mittel, schafft ineffiziente Strukturen und untergräbt Solidarität und Versorgungsqualität – entschlossenes politisches Handeln ist jetzt unverzichtbar, um die Zukunft der Daseinsvorsorge zu sichern.